

Zuckersteuer: Schutz für Kinder statt Schutz für Profite

geschrieben von Redakteur | Februar 26, 2026



Warum die Ablehnung einer Abgabe auf Süßgetränke vor allem die Jüngsten trifft – und was internationale Studien über wirksame Prävention zeigen.

Die Debatte über eine Zuckersteuer ist keine abstrakte fiskalpolitische Frage. Sie berührt einen Kernbereich öffentlicher Verantwortung: den Schutz von Kindern vor vermeidbaren Gesundheitsrisiken. Bereits heute ist etwa jedes vierte Kind oder jeder vierte Jugendliche in Deutschland übergewichtig, viele davon adipös. Adipositas im Kindesalter erhöht das Risiko für Typ-2-Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und orthopädische Probleme – oft mit lebenslangen Folgen.

Zuckerhaltige Getränke gelten als einer der zentralen Treiber dieser Entwicklung. Sie liefern hohe Mengen „freier Zucker“, ohne ein entsprechendes Sättigungsgefühl auszulösen. Die Weltgesundheitsorganisation empfiehlt, die Aufnahme freier Zucker deutlich zu begrenzen – insbesondere bei Kindern.

Warum gerade Kinder besonders betroffen sind

Kinder reagieren sensibel auf süße Geschmacksreize; frühe Prägungen beeinflussen spätere Ernährungsgewohnheiten. Studien zeigen zudem, dass stark beworbene Softdrinks und Energy-Drinks besonders in sozial benachteiligten Gruppen verbreitet sind – also dort, wo auch das Risiko für Übergewicht höher ist.

Mediziner warnen seit Jahren vor den Folgen. Der Ärzteverband Marburger Bund sprach jüngst von einer „verpassten Chance für wirksame Prävention“, nachdem die CDU eine Zuckersteuer ablehnte. Wer den hohen Konsum zuckerhaltiger Getränke als Problem erkenne, dürfe sich nicht auf Appelle zur Eigenverantwortung beschränken. Gerade Kinder könnten sich dem Marktangebot und dem Werbedruck nicht entziehen.

Auch Zahnärzte verweisen auf konkrete Effekte: In Großbritannien sank nach Einführung der Soft Drinks Industry Levy die Zahl der Krankenhauseinweisungen von Kindern wegen schwerer Karies signifikant – bei unter Vierjährigen um mehr als ein Viertel. Das ist kein symbolischer, sondern ein messbarer gesundheitlicher Gewinn.

Die Argumente der Gegner – und ihre Schwächen

Eine Mehrheit auf dem CDU-Parteitag in Stuttgart lehnte den Antrag dennoch ab, obwohl diesen ausgerechnet ein prominenter

Parteifreund, Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther, eingebracht hatte. Unterstützt wurde er von fast 50 Verbänden, darunter medizinische Fachgesellschaften, Krankenkassen und Verbraucherschützer. Mehrere Delegierte betonten, man setze auf „Aufklärung statt Verbote“. Auch Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer erklärte, Steuererhöhungen seien nicht vorgesehen; stattdessen wirke eine freiwillige Reduktionsstrategie mit der Lebensmittelwirtschaft.

Diese Argumente verdienen eine differenzierte Betrachtung:

1. „Aufklärung statt Bevormundung“

Eine Zuckersteuer ist kein Verbot. Sie verändert Preissignale und schafft Anreize für Hersteller, Rezepturen anzupassen. Das britische Modell zeigt, dass Unternehmen vielfach reformulieren, um unter Steuergrenzen zu bleiben – ohne dass Produkte vom Markt verschwinden.

2. „Freiwillige Selbstverpflichtung wirkt“

Evaluierungen der bisherigen Reduktionsstrategie in Deutschland zeigen nur begrenzte Fortschritte. Ohne verbindliche Zielmarken bleiben Reduktionen oft moderat und langsam.

3. „Übergewicht hat viele Ursachen“

Richtig ist: Bewegungsmangel und sozioökonomische Faktoren spielen ebenfalls eine Rolle. Doch Multikausalität ist kein Argument gegen gezielte Einzelmaßnahmen – zumal zuckerhaltige Getränke als besonders relevante Quelle identifiziert sind.

4. „Steuern treffen Verbraucher“

Internationale Erfahrungen legen nahe, dass der gesundheitliche Nutzen insbesondere in sozial benachteiligten Gruppen hoch ist, da hier der Konsum besonders stark zurückgeht. Entscheidend ist die Ausgestaltung – etwa durch eine Staffelung nach Zuckergehalt.

Auffällig ist, dass wirtschaftsnahe Verbände – darunter Teile der Lebensmittelindustrie und landwirtschaftliche Interessenvertretungen – seit Jahren gegen fiskalische Eingriffe mobilisieren. Offiziell wird mit „Bürokratie“ und „Belastung der Verbraucher“ argumentiert. Kritiker sehen dahinter vor allem ökonomische Interessen: Eine verpflichtende Reformulierung oder sinkende Absatzmengen schmälern Gewinne.

Der **Marburger Bund** kritisierte die Parteitagsentscheidung scharf. Vorsitzende **Susanne Johna** sagte wörtlich:

„Wer den hohen Konsum zuckerhaltiger Erfrischungsgetränke als Problem erkennt, darf sich nicht auf Appelle zur Eigenverantwortung beschränken.“

Aus der Zahnmedizin kommt seit Jahren eine ähnliche Stoßrichtung: Die **British Dental Association (BDA)** kommentierte neue Evidenz zur Zuckerabgabe mit dem Tenor, die „sugar levy“ liefere messbare Gewinne im Kampf gegen Karies – und der Staat müsse bereit bleiben, Reformulierung notfalls auch politisch zu erzwingen.

Internationale Erfahrungen: Weniger Zucker im Regal

Der entscheidende Punkt: Eine Zuckersteuer wirkt nicht primär als „Strafsteuer“ für Konsumenten, sondern als Reformulierungsanreiz für Hersteller. In Großbritannien sank der Anteil stark gezuckerter Getränke binnen weniger Jahre drastisch. Viele Unternehmen reduzierten den Zuckergehalt, um unter Steuergrenzen zu bleiben.

Ähnliche Effekte zeigen sich in mehreren US-Städten: Höhere Preise führten zu deutlich geringeren Verkaufszahlen. In Mexiko gingen die Käufe besteuarter Softdrinks nachhaltig zurück, während der Konsum von Wasser anstieg – besonders stark in Haushalten mit geringerem Einkommen. Gerade dort

profitieren Kinder gesundheitlich überproportional.

„Eigenverantwortung“ reicht bei Kindern nicht aus

Gegner einer Zuckersteuer verweisen gern auf Aufklärungskampagnen. Doch Kinder sind keine vollständig autonomen Marktteilnehmer. Sie können Werbebotschaften kaum kritisch einordnen, sind preisempfindlich und orientieren sich stark am verfügbaren Angebot. Strukturelle Maßnahmen – also solche, die das Umfeld verändern – gelten in der Präventionsforschung als besonders wirksam.

Eine gestaffelte Abgabe auf stark gezuckerte Getränke wäre kein Verbot. Sie würde Preissignale setzen und Anreize zur Rezepturänderung schaffen. Wenn dadurch weniger Zucker in Produkten landet, profitieren alle Kinder – auch jene, deren Eltern wenig Zeit oder Ressourcen für bewusste Ernährungsentscheidungen haben.

Verantwortung oder Reflex?

Die Debatte um die Zuckersteuer ist längst keine rein ideologische Frage mehr. Internationale Erfahrungen zeigen, dass eine klug ausgestaltete Abgabe wirkt: Sie senkt den Zuckergehalt von Produkten, reduziert den Konsum und kann gesundheitliche Folgekosten mindern.

Wer sie pauschal als „Verbotsinstrument“ abtut, verkürzt die Diskussion. Ebenso greift es zu kurz, allein auf individuelle Verantwortung zu verweisen, während wirtschaftliche Interessen strukturelle Veränderungen blockieren.

Die Entscheidung des CDU-Parteitags mag parteitaktisch motiviert sein. Gesundheitspolitisch bleibt sie zumindest erklärungsbedürftig. Denn wenn eine Maßnahme von einer Bevölkerungsmehrheit, von Ärzten, Wissenschaftlern und selbst

von Teilen der eigenen Partei unterstützt wird – und wenn internationale Beispiele ihre Wirksamkeit nahelegen –, dann sollte die Ablehnung mehr sein als ein Reflex. Sie sollte überzeugend begründet werden.